

Berlin, 16.04.2019

Netzwerk Grundeinkommen WPSEU 074/2019

1. **Hat Ihre Partei die Forderung nach einem Grundeinkommen gemäß o. g. Definition in ihr Programm zur Wahl des Europäischen Parlaments aufgenommen? (Bitte mit Angabe des konkreten Textes und des Links zur Quelle)**

Antwort:

Die Arbeit wird uns Menschen auf absehbare Zeit nicht ausgehen. Doch sie wird sich ändern, viele Chancen mit sich bringen – und manche vor Herausforderungen stellen. Der verständlichen Sorge vor dieser Entwicklung wollen wir mit einem Recht auf Arbeit begegnen. Das steht für uns im Mittelpunkt. Gemeinsam können wir es schaffen, dass jede und jeder in Europa sicher sein kann, dass wer arbeitet, von seinem Lohn auch gut leben kann. Wir wollen, dass es funktionierende Sozialsysteme gibt, die bei Jobverlust und Krankheit Sicherheit garantieren- Wir wollen auch in allen Mitgliedsstaaten Europas Mindestlöhne, die mindestens 60 Prozent des nationalen Medianlohns betragen und so besser vor Armut schützen.

Das Recht auf Arbeit ist die Selbstverpflichtung des Staates, jedem Menschen Arbeit und Teilhabe zu ermöglichen. Unabhängig von Alter, Qualifikation und dem bisherigen Lebensweg. Wir wollen nicht, dass die Gemeinschaft sich mit einem bedingungslosen Grundeinkommen von dieser Pflicht freikaufte und vor dem Wandel kapituliert.

2. **Wie steht Ihre Partei zu der mit großer Mehrheit und von Mitgliedern aller Fraktionen im Europäischen Parlament beschlossenen Forderung, „zu prüfen, wie verschiedene Modelle bedingungsloser und der Armut vorbeugender Grundeinkommen für alle zur gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Eingliederung beitragen könnten, wobei insbesondere zu berücksichtigen ist, dass sie nicht stigmatisierend wirken und geeignet sind, Fälle von verschleierter Armut zu vermeiden“? (vgl, Ziffer 44 in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Oktober 2010 zu der Bedeutung des Mindesteinkommens für die Bekämpfung der Armut und die Förderung einer integrativen Gesellschaft in Europa ([2010/2039\(INI\)](#))**

Antwort:

Die EU-Mitgliedsstaaten müssen mittel- bis langfristig das Schutzniveau ihrer Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherungssysteme angleichen. Die Annäherung an

ein hohes Sozialschutzniveau für alle wird die Nachfrage stabilisieren und Europas Volkswirtschaften krisenfester machen. Wir streben eine Rahmenrichtlinie für faire Mindestlöhne in Europa und für Mindeststandards in der sozialen Sicherung an.

Die Antworten auf die Fragen 3, 4, und 5 ergeben sich aus den Antworten auf die Fragen 1 und 2.

3. Welche konkreten Initiativen haben Ihre Partei und die Mitglieder Ihrer Partei im Europäischen Parlament und in dem Deutschen Bundestag zur Umsetzung dieses Prüfauftrages in der Vergangenheit ergriffen? Welche konkreten politischen Initiativen hat Ihre Partei geplant, um die Bundesregierung Deutschland zur Umsetzung des Prüfauftrages zu bewegen?
4. Über 238 namhafte Wissenschaftler*innen aus 28 EU-Mitgliedsstaaten richteten mit einem [offenen Brief](#) einen Appell an die EU: „Europa, es ist Zeit, die Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum zu beenden.“ Darin fordern sie auch ein Grundeinkommen. Welche konkreten Aktivitäten und Initiativen plant Ihre Partei, um auf EU-Ebene die Einführung des Grundeinkommens gemäß o. g. Definition in den EU-Mitgliedsstaaten zu befördern?
5. Welche Schritte hin zum Grundeinkommen haben Sie in Ihrem Wahlprogramm für die Europawahl 2019 aufgeführt?